

## Nominierungskonferenz für die Landtagswahl 2016 im Wahlkreis 18 – Heilbronn, 19.03.2015

**Anrede,**

Vorweg **drei Gründe,**

- warum ich mich hier und heute für die Nominierung zur Landtagswahl 2016 bewerbe,
  - warum ich nicht überlegen musste, ein zweites Mal für den Landtag zu kandidieren
  - und warum ich euch bitte, mir heute erneut euer Vertrauen auszusprechen:
1. Ich denke, wir, d.h. die grün-rote Landesregierung und die diese Regierung tragenden Regierungsfraktionen, haben in den zurückliegenden vier Jahren **einiges für BaWü erreicht**, verkrustete Strukturen aufgebrochen und frischen Wind in die Landespolitik gebracht. Ich bin seit 2011 – damals als „Neuling“ im Parlament - Teil dieses Aufbruchs und durfte an nicht ganz unwichtigen Stellschrauben mit drehen. Und ich denke, dass ich auch in meinem **Wahlkreis** und für die Menschen in Heilbronn, Flein, Leingarten, Nordheim und Talheim insgesamt eine gute Arbeit geleistet habe.
  2. Ich halte es für wichtig, dass es auch nach 2016 eine **sozialdemokratische Regierungs-  
beteiligung** gibt. Gerne wollen wir den begonnen Weg mit den Grünen weitergehen; allerdings – wenn irgendwie möglich – sollte die SPD voranschreiten. Dafür lohnt es zu kämpfen und dazu will ich meinen Beitrag leisten – im kommenden Jahr, im Wahlkampf und danach für eine weitere Legislaturperiode im Landtag.
  3. Mir macht mein **Beruf als Abgeordneter richtig viel Freude**. Ich habe es keinen Augenblick bereut, dass ich meine vorige berufliche Tätigkeit vollständig aufgegeben habe und ganz bewusst mein Mandat als Vollzeitparlamentarier ausübe – so wie es das Abgeordnetengesetz auch vorsieht. In Kombination mit meinen beiden größeren Ehrenämtern als Stadtrat in Heilbronn und als Mitglied der Evangelischen Landessynode habe ich als Landtagsabgeordneter eine Aufgabe übernommen, die mich ausfüllt und erfüllt und ich denke, es ist ein Amt, das auch ganz gut zu mir passt. Ich hoffe, dass ich dabei keine ganz schlechte Figur mache. Aber das müsst Ihr und die Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis beurteilen.

**Um was geht es am 13. März 2016, dem mittlerweile feststehenden Wahltag?**

- Zunächst müssen wir die Wählerinnen und Wähler an die Urnen bringen und der allgemeinen Wahlmüdigkeit ein Ende bereiten.
- Dann müssen wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass die SPD wieder in Regierungsverantwortung kommt und im Land ein Ergebnis erzielt, das unseren Leistungswerten entspricht.

- Nicht zuletzt will ich natürlich für den Wahlkreis 18 wieder ein Landtagsmandat gewinnen – die Chancen sind nicht schlecht: in Heilbronn ist die SPD gut aufgestellt – von der Bundestags- über die OB- bis hin zur Kommunalwahl konnten wir das im Landesvergleich stets und ein-drucksvoll belegen.

Liebe GuG,

bis es soweit ist: müssen wir uns alle gemeinsam mächtig ins Zeug legen und die SPD stärker ma-chen; unsere derzeitigen Umfragewerte entsprechen nicht unseren Leistungswerten – da können wir noch zulegen.

- Dazu müssen wir den Menschen selbstbewusster von unseren Erfolgen erzählen.
- Den Menschen in BaWü muss klar werden, warum es sich lohnt SPD zu wählen.

Wie es gehen kann, hat uns die letzte stattgefundene Wahl gezeigt – das war die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft mit einem grandiosen Wahlerfolg für Olaf Scholz und die SPD. Ich will die Latte nicht gar so hoch hängen und über 45% sind für die SPD außerhalb Hamburgs gerade wohl ziemlich utopisch; aber eines können wir von Hamburg lernen:

- Es lohnt sich, den Menschen klar zu machen, dass wirtschaftliche Kompetenz und Sozialde-mokratie nicht im Widerspruch zueinander stehen.
- Es lohnt sich, seine Erfolge auch zu verkünden und mit den Menschen darüber zu sprechen.

Damit die Menschen im Land eine bessere Vorstellung davon entwickeln können, wie eine „**sozial-demokratische Prägung**“ für zukünftige Gesellschafts- und Lebensmodelle aussieht, dürfen wir uns **weniger verzetteln**, sondern müssen uns auf unsere **zentralen Kernthemen** fokussieren.

Wir haben uns in der Landespartei und der Landtagsfraktion sehr einvernehmlich darauf verständigt, mit **drei „ursozialdemokratischen“ Schwerpunktthemen** der politischen Kommunikation und dem bevorstehenden Wahlkampf unseren Stempel aufzudrücken:

- **Gute Arbeit**
- **Bildungsgerechtigkeit**
- **Zeit für Familie**

## Gute Arbeit

Als **Arbeitsmarktpolitischer Sprecher** der SPD-Fraktion durfte ich viele Themen aufgreifen und mit bearbeiten, die mir in meiner vorherigen Position als Vorstand in der Diakonie, in der Jugendberufshilfe und der Arbeitslosenhilfe schon wichtige Anliegen waren.

Zuallererst natürlich unser **Landesarbeitsmarktprogramm „Gute und sichere Arbeit“**, das wir gleich zu Beginn der Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben und mit dem wir bislang sehr gute Erfolge erzielt haben.

Wir haben **über 6.000 zusätzliche Ausbildungsplätze** geschaffen für Jugendliche die nach der Schule nicht so gut aufgestellt waren und die deshalb eine Förderung und Begleitung im Übergang und bei der Ausbildung brauchen. Die **Assistierte Ausbildung** gibt es in Vollzeit und als Besonderheit auch in der Teilzeitform, um Ausbildung und Kinderbetreuung vereinbaren zu können.

Mit dem **Programmbaustein „Sozialer Arbeitsmarkt“** haben wir über 560 SV-pflichtige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen. Es ist sinnvoller Arbeitsplätze zu fördern als passiv Arbeitslosenhilfe oder Hartz IV zu gewähren. Dass dieser Passiv-Aktiv-Transfer erfolgreich funktioniert, zeigt nicht nur dass bereits viele Beschäftigte in ein ordentliches Arbeitsverhältnis vermittelt werden konnten, sondern auch, dass ca. die Hälfte aller Plätze in der Privatwirtschaft angesiedelt ist. Auch die 27 Plätze im Stadt- und Landkreis Heilbronn sind sehr gut ausgelastet.

„Geförderte Ausbildung“ und „Sozialer Arbeitsmarkt“ - das sind die zwei wesentlichen Säulen unseres Arbeitsmarktprogramms; dazu kommen die „Nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt“, die „Unterstützung von Arbeitslosenberatungszentren“ sowie die Förderung von Projekten zum Thema „Arbeit und Gesundheit“.

Das **Thema „Gute Arbeit“** beschränkt sich für uns Sozialdemokraten natürlich nicht nur auf unser Arbeitsmarktprogramm. Mit vielzähligen Initiativen wollen wir **BaWü zum Musterland für gute Arbeit** machen.

Mit dem **Tariftreuegesetz** sorgen wir für Ordnung bei öffentlichen Vergaben. Es besagt, dass nur solche Unternehmen einen öffentlichen Auftrag – vom Land oder den Kommunen oder öffentlichen Unternehmen – erhalten, wenn sie ihre Beschäftigten tariflich bezahlen. Damit unterstützen wir nicht nur Arbeitnehmer, die von ihrem Lohn auch gut leben sollen, sondern stärken auch die Wettbewerbsposition von ordentlich schaffenden Betrieben.

Weitere **„Highlights“ aus unserer Initiative für gute Arbeit** sind in Stichworten:

- **Stärkung der Dualen Ausbildung**, z.B.
  - o durch die Neukonzeption des Übergangsbereichs von der Schule in die Ausbildung,

- den Pakt für Ausbildung,
- durch das Programm „Ausbildungsbotschafter“ – prima Sache: jungen Menschen informieren und beraten angehende Auszubildende über Berufe und die tollen Chancen einer dualen Ausbildung. Die SPD steht für eine gute Lebensperspektive und gute Chancen durch eine duale Berufliche Ausbildung – wir dürfen keinen jungen Menschen zurücklassen.
- Gründung der **Fachkräfteallianz**, die erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen oder die Unterstützung der beruflichen und persönlichen Integration durch die vom Land geförderten Wellcome Center; u.a. auch eines in der Innovationsfabrik in Heilbronn,
- Innovationsgutscheine für kleine und mittlere Unternehmen
- Stärkung von Forschungseinrichtungen.
- Verbesserung der **Arbeitssituation unserer Landesbeschäftigten** und des öffentlichen Dienstes: Umwandlung von Zeitverträgen in Festanstellungen, Stärkung der Arbeitnehmerrechte mit dem neuen **Landespersonalvertretungsgesetz**.

Die SPD sorgt auch in der Koalition dafür, dass in BaWü **wirtschaftsfreundliche Politik** so gemacht wird, dass auch die Arbeitnehmer etwas davon haben und **deshalb ist es gut, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer SPD wählen**.

Was noch kommt in diesem Jahr ist:

- das in der letzten Woche beschlossene **Bildungszeitgesetz** mit dem wir den rechtlichen Anspruch von Beschäftigten auf fünf Tage bezahlte Freistellung zur Teilnahme an anerkannten Weiterbildungen schaffen; es tritt am 01.07.2015 in Kraft,
- die **Novellierung des Chancengleichheitsgesetz** bzw. dessen Weiterentwicklung zu einem **Frauenförderungsgesetz** mit dem wir die berufliche Chancengleichheit von Frauen stärken werden.

## **Bildungsgerechtigkeit**

**Als SPD sind wir 2011 angetreten um das über Jahrzehnte hinweg verkrustete Bildungssystem in BaWü gerechter, moderner und zukunftssicher zu machen.**

- Aufstieg durch Bildung und Leistung – das ist unser sozialdemokratisches Versprechen, seit 150 Jahren.
- Gut ausgebildete Menschen sind die wichtigste Ressource, die BaWü hat.

Für diese Ziele haben wir Regierungsverantwortung übernommen. Und in dieser grün-roten Regierung ist die Verantwortung für die Bildungspolitik wohl die wichtigste und zugleich herausforderndste Aufgabe.

Wie herausfordernd und schwierig diese Aufgabe ist, haben wir zu Beginn der Legislaturperiode mitunter deutlich zu spüren bekommen. Da gab es Zeiten, in denen Schulbesuche und Gespräche mit Lehrern, Eltern und Schülern nicht vergnügungssteuerpflichtig waren.

Aber wir haben es geschafft, dass wir auf unserem Weg zu den vorhin formulierten Bildungszielen eine ganz erhebliche Wegstrecke vorangekommen sind.

Unser **Kultusminister** macht eine wirklich gute Figur und genießt eine hohe Akzeptanz bei allen Akteuren und Partnern im Bildungssystem. **Andreas Stoch** war erst vorletzte Woche in Heilbronn und wir hatten eine gut besuchte und tolle bildungspolitische Veranstaltung.

Deshalb will ich mich jetzt beim bildungspolitischen Teil meiner Rede auf ein paar Entwicklungen aus regionaler Sicht beschränken:

- **Ausbau der Ganztageschule:** mit der kooperativen Ganztageschule nach dem Heilbronner Weg haben wir uns in den letzten 10 Jahren von ganz hinten auf einen Spitzenplatz in BaWü vorgearbeitet: Über die Hälfte der Heilbronner Schülerinnen und Schüler besuchen die Ganztagesbetreuung an einer Grundschule – mit dieser Erfolgsbilanz knüpfen wir an das Ganztageschulmodell an, das uns die Änderung des Schulgesetzes nach einem jahrzehntelangen Schulversuchsleidensweg in Sachen Ganztageschule nun endlich auch in BaWü eröffnet. Der Gemeinderat hat vorletzten Dienstag die zukünftigen Eckpunkte in Sachen Ganztageschule beschlossen.
- **Regionale Schulentwicklung:** der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Stadt Heilbronn in diesen Prozess einsteigt. Demografische Entwicklung und verändertes Schulwahlverhalten wurden von schwarz-gelb total verschlafen; im sozialdemokratisch geführten Kultusministerium wurden die Zeichen der Zeit erkannt und Lösungswege aufgezeichnet.
- **Schulsozialarbeit:** landesweit 25 Mio für über 1.000 Stellen an 2.600 Schulen:
  - o Heilbronn 516.000 €
  - o Leingarten 21.000 €
  - o Flein 20.000 €
  - o Nordheim 28.000 €.
- **Gemeinschaftsschulen – drei in meinem Wahlkreis:**
  - o Fritz-Ulrich-Schule in Heilbronn-Böckingen; bald mit neuem Standort

- Kurt-von-Marval-Schule in Nordheim
- Eichbottschule in Leingarten

Ich kenne alle drei Schulen und habe den Eindruck, dass dort eine hervorragende pädagogische Arbeit geleistet wird und das individuelle Förderkonzept der Gemeinschaftsschule greift und trägt. Deshalb freue ich mich auf **zwei neue Förderanträge Heilbronner Schulen** und hoffe, dass im Heilbronner Gemeinderat der Weg für weitere Gemeinschaftsschulen freige-macht wird; ohne ideologische Scheuklappen und zum Wohle der Heilbronner Kindern und Jugendlichen.

- **Stärkung der Realschulen, Gymnasien und insbesondere auch der Beruflichen Schulen durch zusätzliche Deputate und eine deutliche Aufstockung der Krankheitsvertretungsreserven.**
- Zwei Sätze noch zur **Hochschulentwicklung**:
  - **Millionen für den Hochschulbau** an den beiden Heilbronner Standorten unserer Hochschule in Sontheim und Heilbronn
  - **Eigenständigkeit der Dualen Hochschule BaWü** am Standort Heilbronn mit einem attraktiven Studienangebot am Bildungscampus der Dieter-Schwarz-Stiftung.

Die Heilbronner Hochschullandschaft hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt und das Land wird seiner finanziellen Verantwortung gerecht.

Und mit dem **Wegfall der Studiengebühren** trägt Rot-Grün dazu bei, dass sich Studentinnen und Studenten auch in Heilbronn wohlfühlen, hin und wieder mal in die Kneipe gehen können, und der Bildungserfolg nicht mehr so sehr wie unter Schwarz-Gelb vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist.

Wer sehen will,

- wie regionales und kommunales Engagement in der Bildungspolitik mit dem grün-roten Bildungsaufbruch in BaWü korrespondieren
- und wie befruchtend die sozialdemokratischen Aufschläge der Landesregierung in der Bildung sind
- und wo die Investitionen in die Infrastruktur und in die Köpfe unserer Kinder vor Ort ankommen,

der muss nach Heilbronn und in meinen Wahlkreis kommen.

## **Zeit für Familie**

Vorweg: **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** – das ist kein originäres Frauenthema mehr; das ist ein Thema, das uns alle angeht!

Männer und Frauen wollen heute gleichermaßen Beruf und Familie vereinbaren. Wir sorgen dafür, dass dies besser als in der Vergangenheit möglich wird.

Wir sagen nicht, wie die Familien leben sollen, sondern wir ermöglichen, dass sie ihren Weg gehen können.

In den letzten Jahren stand dabei im Zentrum - sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene – der **Ausbau der Kleinkindbetreuung**: bei Übernahme der Regierung war BaWü im Ländervergleich Schlusslicht beim U3-Betreuungsangebot.

Jetzt sind wir in der Spitzengruppe:

- Platz 1 bei der Betreuungsqualität
- Platz 2 bei der Anzahl der Betreuungsplätze (Quelle: Stat. Bundesamt)

Unser **Pakt mit den Kommunen** sorgt dafür, dass fast eine halbe Milliarde € pro Jahr in die Kleinkindbetreuung fließt. Das sind 100.000 zusätzliche Plätze für die Kleinsten und es werden jährlich mehr. Das ist die Handschrift der SPD! Das ist Geld, das vor Ort ankommt:

- Heilbronn 8,2 Mio €
- Leingarten 1,1 Mio €
- Talheim 667.000 €
- Flein 425.000 €
- Nordheim 311.000 €

Und: **seit 2014 übernimmt das Land 68% der Betriebskosten**; so viel wie nie zuvor – versprochen und gehalten! Das ist sozialdemokratische Politik für Familien. Die SPD hat in vier Jahren in Regierungsverantwortung mehr für Familien getan als die CDU in Jahrzehnten.

Damit nach Kinderkrippe und Kindergarten kein Abbruch kommt und die beruflichen Biographien von Müttern und Vätern erfolgreich fortgesetzt werden können, haben wir die **Ganztagesgrundschule im Schulgesetz** verankert und damit einer über 30-jährigen Schulversuchsreihe der schwarz-gelben Vorgängerregierungen ein Ende bereitet.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf –

- das ist nicht nur die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung, Erziehung und beruflicher Arbeit
- genauso wichtig – und angesichts der demographischen Entwicklung immer wichtiger werdend – ist die Frage der **Vereinbarkeit**
  - o **von Beruf und Pflege**
  - o **von Familie und Pflege.**

Deshalb sorgen wir für eine **gute Pflege in BaWü.**

Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land die Sicherheit haben, dass wenn sie alt und vielleicht pflegebedürftig werden, gut versorgt und wenn nötig gut gepflegt werden.

- Dazu haben wir eine **Kampagne für Ausbildung in den Pflegeberufen** gestartet.
- Dazu haben wir eine Offensive gemacht zur verbesserten **Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen**.
- Dazu haben wir 2014 ein **Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz** verabschiedet, das es ermöglicht so lange wie möglich im gewohnten Wohnumfeld zu leben; mit dem wir aber auch neue Formen des Zusammenlebens im Alter unterstützen – ambulante Wohngemeinschaften (Pflege- und Demenz-WGs); zugleich aber die stationären Einrichtungen als Rückgrat der Pflege stärken wollen.

Gerade unserer **Sozialministerin Katrin Altpeter**, die ja gelernte Altenpflegerin ist, ist eine gute Pflege ein Herzensanliegen. Dieses Thema ist bei ihr sehr gut aufgehoben: **Gute Pflege – auch das ist die Handschrift der SPD!**

**Gesundheit:** Vor kurzem ist mir aufgrund interner Veränderungen in der Fraktion nach dem Ausscheiden von meinem Kollegen Ingo Rust noch die Verantwortung des **Gesundheitspolitischen Sprechers** übertragen worden. Das ist eine wichtige aber auch sehr komplexe Aufgabe.

Auch im Bereich der Gesundheitspolitik haben wir in den letzten vier Jahren eine ganz Menge auf den Weg gebracht:

- **Gesundheitsdialog und Gesundheitsleitbild:**
  - o Stärkung der Prävention
  - o mehr Bürger- und Patientenorientierung
  - o bessere Vernetzung: sektorenübergreifende Strukturen
  - o regionale Analysen – regionale Gesundheitskonferenzen
  - o Erhalt bestehender öffentlich-rechtlicher bzw. kommunaler Versorgungsstrukturen
- **Landärzteprogramm**
- **Psychisch Kranken Hilfe Gesetz (PsychKHG)**
- **Landesbehindertengleichstellungsgesetz (LBBG)**
- **Eckpunkte für ein Landesgesundheitsgesetz**

**Ausbau der Investitionskostenförderung für den Krankenhausbau:**

- Aktuelle Bauvorhaben SLK: 147,4 Mio € Landesmittel sind finanziert:
  - o Gesundbrunnen: 89,4 Mio € Landesförderung
  - o Plattenwald: 54,6 Mio € Landesförderung + 5,4 Mio € Bund (Energiezentrale)



- Absichtserklärung für die Förderung des zweiten Bauabschnitts „Gesundbrunnen“ liegt vor (Volumen 60 – 70 Mio €).

Wenn wir Familien stärken wollen, müssen wir uns um **bezahlbaren Wohnraum** kümmern, in denen Familien leben und sich entwickeln können.

- Wir unterstützen ausdrücklich die von Bundesjustizminister Heiko Maas initiierte **Mietpreisbremse**, die z.B. auch für Heilbronn und Neckarsulm greifen wird. Es darf nicht sein, dass die Mieten – gerade in den Ballungszentren ins Unermessliche steigen und damit für Familien, aber auch für Rentnerinnen und Rentner, für Studenten nicht mehr bezahlbar sind.
- Wir brauchen bezahlbare Mietwohnungen!
- Deshalb haben wir ein **Landeswohnbauförderprogramm** eingeführt. Grün-Rot, unserer **Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid**, ist wieder eingestiegen in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. **Im Doppelhaushalt 2015/16 wird unser Wohnraumförderungsprogramm auf jährlich rund 75 Mio € ausgebaut.** Damit stocken wir das Programm bereits zum zweiten Mal auf.

Auch die Raumschaft Heilbronn profitiert von diesem Programm – in der Stadt wird wieder in den geförderten Mietwohnungsbau investiert. 100 neue Wohnungen pro Jahr hat unser OB versprochen.

**Für die SPD ist Familie dort, wo Eltern mit ihren Kindern leben oder auch Erwachsene mit ihren Eltern, die vielleicht Pflegebedarf haben.**

Die schwächsten in der Gesellschaft sind aber die Kleinen – der Fall „Alessio“ im Schwarzwald hat uns dies kürzlich erschreckend vor Augen geführt.

Mit der noch ausstehenden **Änderung der Landesverfassung**, wo es im Kern um eine Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten und –rechte der Bürger geht, wollen wir auch die **Kinderrechte in die Landesverfassung** aufnehmen und damit das Kindeswohl und den Schutz stärken und die Rechtstellung der Kinder verbessern.

Deshalb investieren wir auch nicht nur in Kindertagesbetreuung und Schule, sondern auch in die **Erziehungskompetenz der Eltern** und in die Kinder- und Jugendförderung: das **Programm „Stärke“** soll zu einem guten Start ins Leben verhelfen und mit dem **„Zukunftsplan Jugend“** wollen wir eine moderne Kinder- und Jugendarbeit finanziell unterstützen - Stichworte dabei sind z.B. Maßnahmen gegen Gewalt, Suchtprävention, Förderung des Sports und des Ehrenamts, aber auch Fragen der Integration von Menschen mit einem Handicap oder von jungen Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte.

Gerade in Heilbronn, einer Stadt mit einem Bevölkerungsanteil von über 30% Menschen mit Migrationshintergrund; bei Jugendlichen sind es über 50%, bei den Geburten über 70%, lohnt es sich, auch noch ein paar Worte zum **Thema Integration** zu verlieren.

Da geht es um die verschiedenen Programme zur verbesserten Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen.

Da geht es um die Förderung zahlreicher Integrationsprojekte – allein in Heilbronn werden ab diesem Jahr wieder drei neue Projekte der Stabstelle für Partizipation und Integration mit 170.000 € Landesmitteln gefördert.

Da geht es auch um die Frage, wie wir mit den über **25.000 Flüchtlingen** umgehen, die in 2014 nach BaWü gekommen sind und deren Zahl in diesem Jahr und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren noch ansteigen wird – Stichwort: neue Erstaufnahmestellen, Stichwort: verbesserte Finanzierung für die Kommunen u.a.

**Im Kern geht es aber um die Frage, wie wir mit Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten, Kulturen und Religionen zusammenleben können und wollen.**

Es geht darum, „**das Miteinander zu stärken!**“

Da wird ja gerade z.B. heftig und kontrovers die Frage diskutiert: „**Gehört der Islam zu Deutschland?**“ Auch im Landtag haben wir eine **Aktuelle Debatte** unter dieser Überschrift gehabt; die erste übrigens, bei der sich der CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf als Fraktionsvorsitzender behaupten musste – das ging dann mal gleich gründlich in die Hosen!

Eigentlich sollte diese Frage ja gar kein Thema mehr sein: nach Ex-Bundespräsident Wulf hat ja mittlerweile auch die Bundeskanzlerin klargestellt: „Ja, der Islam gehört zu Deutschland“.

Insofern wäre es für den CDU-Fraktionsvorsitzenden in BaWü ein Leichtes gewesen, zu sagen: ja, unsere Kanzlerin hat recht!

Aber was macht er? Er windet sich und eiert herum:

- „Ja, natürlich leben hier Muslime und die gehören zu uns!“
- „Selbstverständlich gehört auch die Religionsfreiheit zu uns!“

Aber: „... nicht jeder, der den Islam kritisch bewertet, darf in die rechte Ecke gestellt werden ...“

Ja, das ist doch selbstverständlich

- natürlich muss der Islam auch kritisch hinterfragt werden dürfen,
- natürlich gilt es, die Diskriminierung der Frauen zu kritisieren,
- natürlich wollen wir keine Dschihadisten bei uns,
- natürlich lehnen wir jede Form von islamistischem Terror und Gewalt ab.

Aber bei der Debatte um die Frage, ob der Islam zu uns gehört, geht es doch um eine politische Zeit-ansage, um ein Signal an die vielen Muslime unter uns.

- Was will die Partei, was will die CDU?
- Was will deren Spitzenkandidat?
- Will er das Land spalten oder die Menschen zusammenführen?

Und da sage ich klar: so wie Wolf da wackelt und wie Teile (!) der BaWü – CDU diese Debatte führen, wird das Land gespalten, es werden Ressentiments und Ängste geschürt.

**Als SPD wollen wir die Menschen zusammenführen – das ist das Ziel unserer Integrationspolitik und unserer Flüchtlingspolitik.**

Wenn ich gerade schon beim **Spitzenkandidaten der CDU** bin, lohnt sich vielleicht auch noch ein kleiner Blick in sein „Programm“.

#### **Programm Wolf (2016 – 2021)**

HP Wolf: „Bis 2021 soll BaWü wieder das Land des „fließenden Verkehrs“ werden.“

Da frage ich:

- Wer hat uns denn den enormen Sanierungsstau im Straßenbau hinterlassen?  
Wer hat's gemacht? Die CDU hat's gemacht!

Da frage ich:

- Wer investiert denn in die Sanierung unserer Landesstrassen in nie gekanntem Umfang?
- Wer hat ein Lückenschlussprogramm für Straßen und Radwege aufgelegt?  
Wer hat's gemacht? Grün-Rot hat's gemacht!

Wolf: bis 2021 soll BaWü wieder Bildungsland Nr. 1 werden.

Da frage ich:

- Wer hat denn den Ausbau der Kleinkindbetreuung sträflich vernachlässigt? (Schlusslicht im Ländervergleich)
- Wer hat uns denn einen bildungspolitischen Reformstau und jahrzehntelangen Stillstand son-  
ders gleichen hinterlassen?
- Wer hat denn die demografische Entwicklung der Schülerzahlen vollkommen verschlafen?  
Wer hat's gemacht? Die CDU hat's gemacht!

Da frage ich:

- Wer hat Schulreformen in die Wege geleitet?
- Wer hat Lehrerdeputate und Krankheitsvertretungen aufgestockt?
- Wer hat die Gemeinschaftsschule eingeführt?
- Wer hat die Ganztageschule gesetzlich verankert?

- Wer ist wieder in die Finanzierung der Schulsozialarbeit eingestiegen?
- Wer hat die Studiengebühren abgeschafft?
- Wer hat die regionale Schulentwicklung auf den Weg gebracht?

Wer hat´s gemacht? Grün-Rot hat´s gemacht.

**Der Bildungsaufbruch wirkt.** Die CDU blockiert und kämpft mit Haken und Ösen gegen die Reformen. Bildungspolitisch eiert die CDU in der Opposition durch die Gegend – ohne Konzept, aber immer wieder mit der Ankündigung, die eingeleiteten Reformen rückgängig zu machen. Je nach dem, von wo die Ansage zur bildungspolitischen Rolle rückwärts kommt, fällt diese mehr oder weniger lautstark aus. Aber: die CDU will den Bildungsaufbruch kaputt machen. Schon deshalb muss eine Kehrtwende hin zu einer CDU-Regierungsverantwortung 2016 verhindert werden.

**Unser Land wird gut regiert.**

**Und allen Unkenrufen zum Trotz: seit 2011 wird unser Land von Grün-Rot gut regiert.**

**Darüber ist die CDU bis heute nicht hinweg.** Für die CDU ist der Wahlausgang von 11. März 2011 ja immer noch ein Betriebsunfall der Landesgeschichte. Heute dürfen wir feststellen: Man braucht nicht die CDU, um BaWü gut zu regieren.

**Unserem Land geht es auch ohne CDU-Regierung sehr gut!**

- Die Wirtschaft hat ja im Frühjahr 2011 den Exodus baden-württemberger Unternehmen angekündigt; mir ist keine einzige Firma bekannt, die wegen grün-rot den Firmensitz nach Bayern verlegt hat
- Wir haben hervorragende Wirtschaftsdaten – hohe Produktivität, beste Exportzahlen
- Wir haben einen Höchststand an sv-pflichtig Beschäftigten.
- Wir haben bundesweit die niedrigste Arbeitslosigkeit.
- Wir haben europaweit die geringste Jugendarbeitslosigkeit.
- Wir haben drei von fünf Haushalten schuldenfrei gestellt.
- Wir haben den Bildungsaufbruch vollzogen.
- Wir haben den Einstieg in die Energiewende geschafft.

BaWü ist offener, gerechter und moderner geworden in den letzten vier Jahren.

**Und: Grün-Rot ist ein starker Partner der Kommunen.**

Das sind nicht nur die Millionenprojekte, wie die Investitionen in Bildung, in die Hochschulen, die Krankenhausförderung oder die BuGa 2019.

Da gibt es auch eine Vielzahl kleinerer Programme und Initiativen, die deutlich machen, dass die Landesregierung zu den Städten und Gemeinden steht:

- Städtebauförderung - auch in den Landkreisgemeinden
- Denkmalschutz
- Förderung von Wissenschaft und Technologietransfer (WTZ in HN)

- Integrationsprojekte (aktuell drei in HN)
- Kulturförderung: Abschlussbericht Stadttheater: „3. Der Landeszuschuss ist um 114.200 € höher als eingeplant“.

**Ja, unseren Kommunen geht es gut mit der SPD in Regierungsverantwortung.**

**Ja, unserem Land geht es gut – auch ohne CDU.**

**„Wirtschaftliche Stärke“ und „Sozialer Zusammenhalt“ – das sind Markenzeichen für BaWü.**

Wir dürfen aber auch nicht darüber hinwegsehen:

- BaWü ist von einem bundesweiten, ja globalen Trend nicht ausgenommen!
- Trotz guter Wirtschaftszahlen, die wir völlig zurecht verkünden, ist die Entwicklung der Armuts- und Reichtumsverteilung alles andere als beruhigend!
- Der Reichtum konzentriert sich in immer weniger Händen!
  - o Ein Prozent der Haushalte besitzt ein Drittel des bundesdeutschen Gesamtvermögens (nicht wie bisher angenommen ein Fünftel) – aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung
  - o 55 Milliardäre und Multimilliardäre mit dt. Staatsangehörigkeit (2002: 34)
- Die strukturelle Armut nimmt zu und erreicht immer mehr auch Haushalte aus der Mittelschicht.

Wir wollen keine Neiddebatte entfachen, aber es war gut, dass wir in unserem Wahlprogramm einen **Armuts- und Reichtumsbericht für BaWü** gefordert haben. Diesen haben wir auf den Weg gebracht und dafür die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Nach einigen Zwischenberichten und unter starker Beteiligung einer eingerichteten **Landesarmutskonferenz** erwarten wir im Mai den Abschlussbericht.

**Damit Ökonomie und wirtschaftlicher Erfolg mit der erforderlichen sozialen Gerechtigkeit in eine gute Balance kommen oder wieder besser in Ausgleich gebracht werden**

- **auch dazu braucht es die SPD!**
- **und dazu braucht es die SPD in Regierungsverantwortung!**

An diesem Vorhaben möchte ich weiter mitarbeiten.

Und damit bin ich wieder am Anfang meiner Ausführungen:

- Was spornt mich an, für eine weitere Kandidatur?
- Warum bitte ich euch noch einmal um euer Vertrauen?

Die Freude an meiner Aufgabe – in Stuttgart, bei vielen Stationen im Ländle und natürlich im Wahlkreis.

In Stuttgart trage ich mittlerweile **Verantwortung in vier Ausschüssen** – das ist an der Grenze des Machbaren:

- Von Anfang an bin ich im Innenausschuss – die Zusammenarbeit mit unserem **Innenminister Reinhold Gall** klappt hervorragend und macht viel Freude.
- Mein Schwerpunkt ist der **Sozialausschuss** – als Vorsitzender des SPD-Sozial-AKs und als Sozial- und Gesundheitspolitischer Sprecher.
- Vor einem guten Jahr habe ich noch einen Sitz im **Petitionsausschuss** übernommen – sehr interessant und vielfältig wie das Leben in allen seinen Spielarten und Ausprägungen, aber mit viel Arbeit und Aktenstudium verbunden.
- Und als dann im Sommer 2014 noch eine **Enquetekommission zur „Zukunft der Pflege in BaWü“** eingerichtet wurde, was es naheliegend, dass ich auch dort die SPD vertrete; die Kollegen haben mir das Amt des AK-Vorsitzenden und Obmanns in dieser Enquete übertragen.

Mit Plenartagen, vier Ausschüssen und zahlreichen Besprechungen und Anhörungen - gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich haben wir es mit vielen unterschiedlichen Interessensvertretern, Organisationen und Verbänden zu tun – verbringe ich mittlerweile den größeren Teil meiner Arbeitszeit in Stuttgart.

Zudem bin ich in den letzten Wochen auch viel im Land, in den Wahlkreisen unterwegs – vom Bodensee über Südbaden bis in die Kurpfalz:

Wir wollen natürlich die Gesetze und Initiativen, die wir auf den Weg gebracht haben, auch unter die Leute bringen – sozusagen **nach säen und viel ackern, auch die Ernte einfahren**.

Und so liegt es insbesondere an den Abgeordneten und Fachpolitikern, die bei bestimmten Themen federführend mitgearbeitet haben, diese dann auch den Menschen nahezubringen und zu vermitteln. Bei mir sind das momentan insbesondere die **Themen „Gute Arbeit“ und alles rund um die „Pflege“**.

Trotz vielfältiger Aufgaben in Stuttgart und im Ländle, hoffe ich, dass meine **Arbeit im Wahlkreis** nicht zu kurz kommt.

Ich nenne ein paar Stichworte:

- Wahlkreisbüro mit viel Korrespondenz und Kommunikation
- Regelmäßige Bürgersprechstunden
- Infobrief aus dem Landtag (36 Ausgaben)
- Vor-Ort in Heilbronn, Flein, Leingarten, Nordheim und Talheim
- Kontakt zu den Bürgermeistern im Landkreis
- Schulbesuche, Rektorentreffen, Unterrichtsgestaltung
- Firmenbesuche; Polizeidienste
- Praktika: Ausbildungswerkstätten, Sozialstation, Pflegeheim.

Last but not least: von Neujahrsempfängen über Prunksitzung, vielzähligen Sport- Vereins- und Straßenfesten, diversen Jubiläen und Jahreshauptversammlungen - bis hin zu einem umfangreichen Winter- und Adventsfeierreigen bin ich, auch dank eines räumlich überschaubaren Wahlkreises, relativ präsent - mit und ohne Grußworten, Vorträgen und Reden.

Apropos „Reden“ – ich denke, ich habe nun lange genug geredet; aber die sozialdemokratische Bilanz unserer Regierungsverantwortung ist halt nicht ganz bescheiden.

Es gäbe noch eine Reihe von Themen, zu denen ich jetzt gar nichts gesagt habe. Ich habe mich auf die Politikfelder konzentriert, wo ich auch mitreden kann. So will ich das auch in Zukunft machen.

Ich hoffe nun, dass der Eindruck, den ich euch über die die sozialdemokratische Politik in unserem Land und über meine Arbeit vermittelt habe, dazu beiträgt,

- dass ihr euch mit uns gemeinsam für eine starke SPD in BaWü mächtig ins Zeug legt,
- dass ihr mir nochmals euer Vertrauen aussprecht und
- dass ich mit einem starken Rückenwind in das letzte Jahr der Legislaturperiode und in den bevorstehenden Wahlkampf segeln kann.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.